

Stadt Mansfeld

**Niederschrift
über die Sitzung des Arbeitskreises Einheits- und Verbandsgemeinden (Mitte)**

Sitzungsort: Schloss Mansfeld, Schloss Mansfeld 1, 06343 Mansfeld

Sitzungstag: 03.05.2023

Beginn: 10:00 Uhr

Ende: 13:00 Uhr

Teilnehmer: s. beigefügte Anwesenheitsliste

TOP 1: Eröffnung der Sitzung, Feststellung der Tagesordnung

Herr Liebenehm eröffnet die Sitzung. Die vorliegende Tagesordnung wird festgestellt. Es gibt keine Änderungs- und Ergänzungswünsche.

TOP 2: Genehmigung der Niederschrift über die 29. Sitzung am 20.10.2022

Zur Niederschrift der 29. Sitzung des Arbeitskreises Einheits- und Verbandsgemeinden (Mitte) vom 20.10.2022 in Thale gibt es keine Änderungen oder Ergänzungen. Die Niederschrift wird genehmigt.

TOP 3: Vorstellung der gastgebenden Stadt Mansfeld durch Herrn Bürgermeister Andreas Koch

Herr Koch stellt Mansfeld als eine Einheitsgemeinde im östlichen Harzvorland mit 15 Ortsteilen und circa 8.500 Einwohnern vor. Mansfeld ist eine Flächengemeinde. Außerdem erläutert er die geschichtliche Bedeutung der Gemeinde und stellt Martin Luther als Mansfelds bedeutendsten Sohn vor.

TOP 4: Kommunalfinanzen

TOP 4.1: Rückblick auf die FAG-Novelle 2023

Herr Liebenehm berichtet über das Gesetzgebungsverfahren der am 22. 3. 2023 beschlossenen Novelle. Dabei geht er insbesondere auf die Änderungen des Entwurfes im Rahmen der Landtagsberatungen und die Position des SGSA ein. Im Ergebnis erhalten die kreisangehörigen Kommunen lediglich 2,5 Mio. € mehr.

TOP 4.2: Gutachten zur Überprüfung des horizontalen Finanzausgleichs in Sachsen-Anhalt

Herr Liebenehm geht in seinem Bericht auf folgende Punkte ein:

- Binnenverteilung der kreisangehörigen Städte und Gemeinden soll untersucht werden
- wichtiger vertikaler Finanzausgleich
- neue Bedarfsermittlung für FAG müsste erfolgen, da Kommunen unterfinanziert
- Koalitionen sind darauf nicht eingegangen, Gutachten für Binnenverteilung erstellt

Ergebnisse des Gutachtens:

- Kriterien für Schlüsselzuweisung wurden geprüft
- Änderungen erforderlich bei den Grenzen der Einwohnerveredelung Kommunen (Grenze 5.000 - 20.000 Einwohner und 20.000 - 50.000 Einwohner)
- Zentralitätszuschlag der Mittelzentren ist richtig, soll steigen (von 20 % auf 36,8 %)
- kein zusätzlicher Finanzbedarf von besonderen Orten (z. B. Weltkulturerbestätten) erkennbar
- Zuschlag U6 soll für kreisangehörige Städte entfallen
- Zuschlag U10 soll eingeführt werden
- Finanzkraftumlage soll durch neue FAG Umlage ersetzt werden, um unterfinanzierte Kommunen zu stützen; ab einer Steuerkraft von 110 % sollen 30 % abgeschöpft werden und über Schlüsselzuweisung verteilt werden (rd. 16 Mio. € Mehreinnahmen im Vergleich zur aktuellen Finanzkraftumlage)
- FAG-Novelle soll nach Sommerpause in den Landtag eingebracht werden

Herr Stöhr merkt an, dass es nicht nachvollziehbar ist, dass Mitgliedsgemeinden der Verbandsgemeinden keine Veredelung mehr bekommen sollen und dass Verbandsgemeinden in allen Produktgruppen etwa 20 % effizienter arbeiten. Hier kommt es auf die Eigentumsverhältnisse an, die nicht betrachtet worden sind.

Frau Pesselt sagt, dass viele Investitionen getätigt wurden. Sie stimmt Herrn Stöhr zu.

TOP 4.3: Konnexitätsprinzip (Art. 87 Abs. 3 LVerf LSA) und Rechtsprechung des Landesverfassungsgerichtes

Das Konnexitätsprinzip besagt, dass das Land, wenn es den Kommunen neue Aufgaben überträgt, auch die Deckung der Kosten zu regeln hat und einen Ausgleich für einen eventuellen Mehraufwand decken muss.

- Ausgleich reichte in der Vergangenheit oftmals nicht aus; verschiedene Urteile bestätigen dennoch den jeweiligen Mehrbelastungsausgleich
- Fazit: weitere Kommunalverfassungsklagen eher nicht aussichtsreich

Es gibt 2 andere Wege:

1. Änderung der Landesverfassung
2. Konnexitätsausführungsgesetz (vor Gesetzesentwurf Kosten ermitteln)

Herr Mahrholdt fragt nach der Sinnhaftigkeit einer Klage.

Herr Fuhlert berichtet, dass der Landkreis immensen Druck gegen klagende Kommunen ausübt.

TOP 5: Nachwuchsgewinnung und Fachkräftebindung

TOP 5.1: Personalmarketing

Herr Liebenehm spricht über das Problem der Nachbesetzung freiwerdender Stellen.

Problem:

- Image der Verwaltung, Demografie, Homeoffice, Wechsel der Arbeitswelt
- gemeinsames Personalmarketing ist eine Möglichkeit dem entgegen zu wirken
- Vorreiter ist ein Projekt aus Schleswig-Holstein in dem 68 Kommunen beteiligt sind (www.berufe-sh.de)
- Berufe werden vorgestellt, Seite hat hohe Besucherzahlen, Kommunen stehen im Austausch miteinander
- Kosten liegen bei 6.050 € Anschaffung (im ersten Jahr), jährliche Beteiligungskosten 2.618 €
- mind. 15 Kommunen in Sachsen-Anhalt müssten mitmachen

Eine kleine Diskussion entsteht. Das Projekt wird überwiegend für gut befunden. Die allgemeine Auffassung besagt, Schwierigkeiten gibt es bei der Besetzung des Standesamtes. Hier sollte das Anforderungsprofil gesenkt werden und interkommunal ausgetauscht werden dürfen. Für alle anderen Bereiche ist dies nicht zwingend notwendig.

TOP 5.2: Aus- und Fortbildung; Einsatz von nebenamtlichen Lehrkräften beim SIKOSA

Herr Liebenehm führt den Lehrkräftemangel im Bereich der Nebenamtler beim SIKOSA an. Lehrgänge werden zusammengefasst oder Online gehalten.

- Appell: Nebenamtler aus Verwaltung für Unterricht beim SIKOSA gesucht
- Beamte und Beschäftigte im öffentlichen Dienst können nun freigestellt werden, um beim SIKOSA unterrichten zu können
- Mitglieder sind verpflichtet, das Studieninstitut bei der Erfüllung seiner Aufgaben zu unterstützen
- Vorteil: Nebenamtler sind in ihrem Bereich fit

Herr Fröhlich gibt an, Interesse zu haben. Allerdings wünscht er sich mehr Transparenz (Umfang, Zyklus, Zeiträume, Bedarf).

Herr Heinemann erklärt, dass er bereits Kontakt diesbezüglich aufgenommen hat. Allerdings gibt es hierfür kein Konzept seitens des Studieninstituts.

Frau Pesselt gibt zu bedenken, dass dann die Fachkräfte in den Kommunen fehlen. Es stellt sich die Frage, ob sich eine Mitarbeit am Mitgliedsbeitrag auswirkt.

TOP 6: Flüchtlingssituation (Aufnahme, Unterbringung, Integration)

Herr Liebenehm erläutert einige Informationen zur Flüchtlingssituation in Sachsen-Anhalt.

- Zahl: 30.000 ukrainische Flüchtlinge, 5.900 Asylbewerber aus anderen Ländern
- zu erwarten sind deutschlandweit 350.000 noch in diesem Jahr, für Sachsen-Anhalt 9.000

- Mindestvorgaben für die Flüchtlingsunterkünfte wurden ausgesetzt
- auch Weiterleitung von Personen, die keine Bleibeperspektive haben
- Gipfel bei Bundesinnenministerin Faeser im Februar d. J.: 4 Arbeitsgruppen wurden gebildet: Unterbringung und Finanzen, Entlastung der Ausländerbehörden und Verschlankung der Prozesse, Integration, Beschränkung irregulärer Migration und Rückführung
- Probleme (illegale Grenzübertritte, Umverteilung auf andere Länder, Erhöhung der Zahl der Rückführungen) bleiben bislang ohne Lösung
- Ministerpräsidentenkonferenz mit dem Bundeskanzler hierzu findet am 10.05.2023 statt

Herr Zedschack gibt an, dass 100 ukrainische Flüchtlinge und 150 aus anderen Ländern im Sozialzentrum Bode ehrenamtlich betreut werden. Im Ortsteil Wendefurth wurde ein Hotel angemietet, um 100 Flüchtlinge unterzubringen. Thale verfolgt die Philosophie der dezentralen Integration, problematisch wird dies wenn die Zahlen weiter steigen.

Frau Pesselt sieht das Problem im Bereich der Integration der Kinder in den Kitas. Hier gibt es erhebliche Sprachbarrieren. Mit dem derzeitigen Betreuungsschlüssel kann man keine Integration leisten.

Herr Fiebelkorn berichtet von einer Veranstaltung auf Einladung der CDU-Bundestagsfraktion in Berlin. Resultat dieser war, dass der geldliche Anreiz in einen Sachanreiz umgewandelt werden sollte. Große Probleme bei straffälligen Flüchtlingen bundesweit. Er bringt Flüchtlinge nicht in Turnhallen unter, da so der soziale Frieden gefährdet werden könnte.

TOP 7: Digitalisierung; Sachstand der Zusammenarbeit zwischen Land und Kommunen

Herr Liebenehm berichtet über das beim MID angesiedelte CIO-Projekt von Staatssekretär Schlömer:

- 22 Pilotkommunen, um OZG-Umsetzung voranzubringen
- 5 Arbeitsgruppen wurden gebildet (Kooperationsmodell, Strategie und Umsetzung, Technik, Finanzen und Kommunikation)
- erste Plenarsitzung im März, noch keine greifbaren Ergebnisse
- Bis Ende Oktober soll Digitalisierungsfahrplan für Sachsen-Anhalt erstellt werden
- OZG gilt nur für Bund und Länder
- jede Kommune muss eigene Strategie entwerfen, aufsetzend auf Strategie des Landes, aber Landesstrategie und dauerhafte Finanzierung fehlen
- Land ist KITU beigetreten, Vorteil: vergaberechtsfreie In-House Situation
- neue Strategie: Sachsen-Anhalt Digital 2030, Aneinanderreihung von Zielen, der Weg dorthin offen
- Corona-Sondervermögen 115 Mio. €, wären für jede Kommune 800.000 € bislang aber nur Projektförderung vorgesehen
- OZG-Novelle wird erarbeitet, keine Fristsetzung mehr, keine Einbeziehung des Backend
- 16 Fokusleistungen sollen in den Pilotkommunen und anschließend landesweit umgesetzt werden
- Einsatz von Digitallotsen nach dem Vorbild von Sachsen, eventuell auch in Sachsen-Anhalt mit Hilfe der KITU möglich
- Fazit: Digitalisierung geht nur schleppend voran, Gelder fließen nicht in dem erforderlichen Umfang

Herr Zedschack informiert über die Beteiligung als Pilotkommune im CIO-Projekt,

Fortschritte sind zäh. Er informiert über die Firma Innocon Systems GmbH aus Tangermünde, einem offenen Digitalisierungsdienstleister. Die Kosten für den Aufbau des Digitalen Rathauses betragen 1 €/Einwohner. Der Bürger authentifiziert sich im System über ein Bürgerkonto, alle Formulare werden in Datenbanksätze über eine Schnittstelle in Fachämtern weiterverarbeitet.

Beispiele: rathaus.stadt-thale.de oder www.tangerhuetten.de

TOP 8: Kooperation zwischen Hochschule Harz und Kommunen

Herr Liebenehm informiert über ein Forschungsprojekt der Hochschule Harz zu Transferprozessen der Hochschulen und der Kooperation der Hochschulen mit Kommunen. Interesse der Hochschule Harz besteht, mit den Kommunen enger zusammenzuarbeiten und diese bei Problemen durch den Fachbereich Verwaltungswissenschaften mit Projekten und Bachelorarbeiten zu unterstützen.

TOP 9: Aktuelle Mitteilungen

1. Ehrenordnung wurde überarbeitet. Ehrennadeln können nun an Bürgermeister verliehen werden, die 12 oder 20 Jahre im Amt sind. Ehrungsveranstaltung am 14.06.2023 im Rathaus Magdeburg
2. Tariftreue- und Vergabegesetz nicht umsetzbar, da u. a. eine Rechtsverordnung fehlt und die Ermittlung der Mindestlöhne kaum leistbar ist
3. Novelle des KVG LSA geplant, Referentenentwurf des Innenministeriums ist in Vorbereitung
4. Tarifrunde 2023, Personalkostensteigerungen von insgesamt 15 - 16 % zu erwarten

TOP 10: Anfragen und Anregungen

Herr Mahrholdt (Stadt Hecklingen) fragt nach einer Lösung zur Handhabung des Archivs, Lager-möglichkeiten sind erschöpft.

Vorschläge:

- Projekt Hochschule Harz
- Microfilm
- Ordner einscannen

Herr Reinharz gibt zu bedenken, dass im nächsten Jahr Kommunalwahlen sind, der Zeitraum zum Ferienbeginn ist zu klein. Kann man Zeiträume anpassen? Urlaubszeit.

Herr Stöhr weist auf das zu langsame Voranschreiten von Leader-Förderungen hin. Bedingungen wurden erfüllt, Vereine gegründet, aber Land schafft es nicht, zu agieren, keine Einigung in Sachsen-Anhalt.

Herr Richter informiert, dass H&H-Bauhofabrechnungen bis zur App aufs Handy der Mitarbeiter möglich sind. Interessenten diesbezüglich sollen sich melden.

TOP 11: Zeit und Ort der nächsten Sitzung

Die nächste Sitzung des Arbeitskreises findet am **01.11.2023, um 10:00 Uhr**, in Osterwieck, statt.

gez. D. Buchmann
Protokollführerin

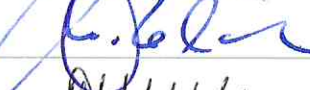
STÄDTE- UND GEMEINDEBUND SACHSEN-ANHALT



Anwesenheitsliste

der Sitzung des Arbeitskreises Einheits- und Verbandsgemeinden (Mitte)
am Mittwoch, 3. Mai 2023, um 10:00 Uhr,
Schloss Mansfeld 1, 06343 Mansfeld

Kommune	Name	Unterschrift
Stadt Mansfeld	Koch, Andreas	[Signature]
Stadt Könnern	Lösel, Martin	[Signature]
Verb. gem. Egelar Müde	Stöhr, Michael	[Signature]
Stadt Oberran u. Irden	Ronald T. Beckmann	[Signature]
Talkonlin/Harz	Wyrich, Klaus	[Signature]
Gemeinde Südnere	Peter Kuhl	[Signature]
Stadt Mansfeld	Sommer, Marco	[Signature]
Stadt Prerowen	F. Schuster	[Signature]
Stadt Heesliger	Malzholtz, Hendrik	[Signature]
Gemeinde Bördelad	Marco Schmiedt	[Signature]
Stadt Garby	Torse, Oliver	[Signature]
Verb. gem. Böhren	Perrellt, Ute	[Signature]
Stadt Osterwieck	Heinemann, Dirk	[Signature]
GEMEINDE NORDHARZ	Fröhlich, Gerold	[Signature]
Stadt Mansfeld	Senft, Carina	[Signature]
Stadt Mülsdorf	Richter, Jüljan	[Signature]

Kommune	Name	Unterschrift
Stadt Hettstedt	Dirk Tuhbet	
YBB Hauptfelds Grund-	Helma Born, Norbert	
Stadt Thale	Mark Zebler	
SGSA	HEIKO LIEBENEHM	